

Beschluss des Landrates vom 17.05.2018

Nr. 2055

22. 50%iger Abbau der Kulturpartnerschaft mit Basel-Stadt 2017/316; Protokoll: bw, vc

Christoph Hänggi (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Christoph Hänggi (SP) bedankt sich für die Antworten, die am 10. April publiziert wurden. Der Kanton Baselland schreibt schwarze Zahlen, das freut sicherlich die meisten hier im Saal und auch den Votanten. 2017 gab es einen komfortablen Überschuss – das wurde eine Woche nach der Beantwortung dieser Interpellation bekannt - und auch für 2018 ist nun letzte Woche bereits eine schwarze Zahl angekündigt worden – auch angekündigt wurde die Senkung der Unternehmenssteuern, was den Kanton CHF 30-35 Mio. kosten dürfte – trotzdem bleibt aber die Stimmung in der Regierung in Sachen Rechnung positiv, der Tenor lautet: Wir können das verkraften. Wir rechnen in Zukunft weiterhin mit einer positiven Entwicklung. Es ist gut, dass Baselland wieder zu einem gesunden Selbstbewusstsein zurückfindet.

Die Sparanstrengungen im Kulturbereich wurden angesichts der Defizite der vergangenen Jahre angekündigt. Seit 2016 wurden Kulturgelder um rund CHF 1 Mio. gekürzt. Und der Peak in dieser Sache ist noch nicht erreicht. Die Neuverhandlung der Kulturvertragspauschale mit Basel-Stadt ist noch nicht abgeschlossen, es geht darum, dass Basel-Stadt CHF 5 Mio. übernimmt, die Baselland bisher an die Abgeltung von Zentrumsleistungen gezahlt hat. Und weitere Einsparungen sind im laufenden Jahr auch im Kulturbereich in unserem Kanton in der Umsetzung.

Aus der Antwort der Regierung ist herauszulesen, dass zwar einiges anders organisiert werden soll, dass aber grundsätzlich daran festgehalten wird, dass auch der Kulturbereich seinen Sparbeitrag leistet und dass speziell die Verhandlungen mit Basel-Stadt in Richtung des im Rahmen der Unifinanzierung erzielten Verhandlungsergebnisses von minus CHF 5 Mio. fortgesetzt werden sollen. Andere Signale hat der Redner nicht vernommen.

Angesichts der schwarzen Zahlen und angesichts der im Verhältnis zu anderen Bereichen geringen Beträge, wäre es angebracht, dass die Regierung hier nochmals über die Bücher geht. Ein kleines Zeichen könnte sehr viel bewirken. Es wäre angebracht dem Kanton Basel-Stadt für sein Entgegenkommen in den letzten Jahren mit dem Verzicht auf die Einsparung der CHF 5 Mio. entgegenzukommen. Dies würde nach allen Seiten sehr viel Goodwill aufbauen.

Regierungsrätin Monica Gschwind empfiehlt der Redner hier ein Zeichen zu setzen. Das käme sehr gut an. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt und die Ausrichtung von Kulturbeiträgen an die einzelnen Träger in unseren beiden Kantonen kann selbstverständlich weiterhin überdacht werden, aber die CHF 5 Mio. erweitern den Spielraum beträchtlich und ermöglichen kreativere Lösungen. Und auch die Kultur in unserem Kanton sollte nicht weiter an der kurzen Leine gehalten werden, die Sparmassnahmen sollten zurückgenommen werden.

Ein Festhalten an den Sparmassnahmen ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr haltbar. Letzteres ist im Übrigen auch die Haltung des Verbands Kultur Baselland (VKBL). Die Kulturschaffenden haben sich im Zusammenhang mit den Sparmassnahmen der letzten Jahre organisiert und sind zu einer Stimme in unserem Kanton geworden. Es ist angebracht, diese neue Stimme zu hören und ernst zu nehmen. Es sind Stimmen für unseren Kanton, für Kultur in unserem Kanton, aber auch für eine Zusammenarbeit in Sachen Kultur über die Kantongrenzen hinaus in der gesamten Region.

Florence Brenzikofer (Grüne) erinnert an den gestrigen Abend, als der kulturelle Höhepunkt im Kanton in Form der Kulturpreisverleihung im Schlachthaus Laufen gefeiert werden konnte. Sowohl Regierung und als auch Landrätinnen und Landräte aus allen Fraktionen waren gut vertreten. Dass es Kultur braucht und diese gefördert werden soll und muss, wurde auch gestern sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Es freute die Rednerin, als Regierungsrätin Monica Gschwind eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im kulturellen Bereich angekündigt hat. Die Antworten auf die Interpellation von Christoph Hänggi lassen die Rednerin jedoch meinen, sie sei im falschen Film. Es kann nicht sein, dass man partnerschaftlich aufgebaute Dinge aufs Spiel setzt und einen Rückschritt macht.

Bereits in der Unidebatte im Herbst hat die Rednerin erwähnt, dass das Dossier Bildung und Kultur von den Regierungen zusammen behandelt wurde. Im Landrat wird es jedoch mit einem zeitlichen Unterschied von einem Jahr behandelt. Die Universität befindet sich seit dem letzten Herbst in trockenen Tüchern. Das ist gut. Jetzt wird auf einen neuen Kulturvertrag gewartet, der noch im Juni veröffentlicht werden soll. Die Auswirkungen des neuen Kulturvertrags sind unbekannt. Es ist allerdings bekannt, dass die CHF 5 Mio., die eingespart werden sollen, Auswirkungen auf die betroffenen Institutionen haben werden. Von Leistungseinschränkungen bis zu Existenzgefährdung war die Rede. Wenn argumentiert wird, dass der aktuelle Staatsvertrag nicht zeitgemäss sei, ist die Rednerin gespannt auf den Paradigmenwechsel im neuen Staatsvertrag. Dieser wird nicht grundsätzlich abgelehnt. Abgelehnt wird allerdings die Kürzung von CHF 5 Mio. Es gab bereits massive Einschnitte im kulturellen Bereich. Dies geht jedoch entschieden zu weit.

Die Grüne/EVP-Fraktion möchte die Verantwortung als Landkanton nicht abgeben. Das ist ein schlechter Schachzug. Gestern sprachen Schnitzelbänkler von einer Eiszeit. Diese soll beendet werden! An die Regierungsräte Monica Gschwind und Anton Lauber: Lasst die CHF 5 Mio. sein und gemeinsam vorwärts machen. Nicht nur mit den Gemeinden im Kanton, sondern auch mit dem grossen Partner, dem Kanton Basel-Stadt.

Georges Thüring (SVP) berichtet von der Baselbieter Kulturpreisverleihung und fordert, dass Mittel verstärkt in die Baselbieter Kultur fliessen sollen als in Richtung Stadt. Wenn man in die Gemeinden schaut, dann sieht man noch viel brachliegen, das Unterstützung verdient hätte.

Andrea Heger (EVP) möchte auf die Interpellationsantwort zu Frage 7 eingehen, die sie als nicht beantwortet betrachtet, nämlich die Frage, ob der Betrag auch wieder erhöht werden könnte. Im nächsten Vierteljahr wird sich die Gelegenheit ergeben, über einen neuen Kulturvertrag zu diskutieren, die Rednerin möchte in dieser Perspektive zu bedenken geben, ob Kultur einfach «nice to have» ist, oder nicht doch wichtig für das ganzheitliche Wohlergehen. Natürlich kann man darüber diskutieren, wieviel das kosten darf – unter Einbezug der finanziellen Gesamtsituation. Mit einem fixen Beitrag von CHF 5 Mio. ist die Rednerin hingegen nicht einverstanden.

Roman Brunner (SP) war auch an der Kulturpreisverleihung, plädiert aber dafür, dass man sich als Kulturregion wahrnehmen und nicht Baselbieter Kultur gegen städtische, elsässische oder südbadische Kultur ausspielen möge. Es geht auch um Förderung von Baselbieter Kultur, aber Kultur macht an den Kantonsgrenzen nicht halt. Es geht denn eben auch um eine angemessene Beteiligung an den kulturellen Zentrumsleistungen.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) zeigt sich erfreut darüber, dass der Kanton wieder schwarze Zahlen schreibe. Sie freut sich auch über die zahlreichen Besucher an der Kulturpreisverleihung, an der übrigens auch viele Vertreter aus Basel-Stadt teilgenommen haben – ein Zeichen guter Zusammenarbeit und keinesfalls einer Eiszeit. Mit dem Regierungsrat in Basel-Stadt ist man einvernehmlich zum Schluss gekommen, dass die baselstädtischen Kulturinstitutionen keinesfalls in ihrem Fortbestehen gefährdet werden dürfen und dass Basel-Stadt Einbussen kompensiert. Es ist ohnehin am Landrat und am Grossrat über den neuen Kulturvertrag zu befinden.

Florence Brenzikofer (Grüne) möchte ihrer Frage der Vormittagssitzung noch den Zusatz zufügen, wie die Planungssicherheit der betroffenen Institutionen sichergestellt werden könne.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, dass der Kanton Basel-Stadt auch Leistungsvereinbarungen mit den einzelnen Institutionen abschliessen und der Grossrat Gelder sprechen müsse.

Christoph Hänggi (SP) stellt in Frage, ob es sich lohne, nun eine Vorlage und möglicherweise eine Gesetzesänderung in Angriff zu nehmen, noch weitere anderthalb Jahre darüber zu diskutieren und schlussendlich womöglich noch eine Volksabstimmung zu machen wegen dieser CHF 5 Mio.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) empfindet dies als sehr wichtig, weil die heutige Art der Kulturförderung nicht mehr als zeitgemäss erachtet wird – es wird ein Paradigmenwechsel angestrebt.

://: Die Interpellation ist erledigt.
